

Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Pflege

64. Sitzung

19. Januar 2026

Beginn: 09.33 Uhr

Schluss: 12.27 Uhr

Vorsitz: Silke Gebel (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird vertreten durch Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) und Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP).
- Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen und anschließend dort abrufbar sein wird (Bild und Ton). Den anwesenden Medienvertreterinnen und -vertretern ist die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gestattet.
- Dem Ausschuss liegen die Einladung vom 9. Januar 2026 sowie die Mitteilung zur Einladung mit Tagesordnung vom 16. Januar 2026 vor. Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Tagesordnung um den in der Mitteilung genannten Punkt zu erweitern.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Im Vorfeld der Sitzung wurden zwei Fragen schriftlich eingereicht:

- „Wird der Senat der angekündigten Bundesratsinitiative von Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther zur Einführung einer bundesweiten Zuckersteuer folgen oder hält Berlin weiterhin an seiner ablehnenden Haltung fest?“

(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- „Warum haben die Träger von zuwendungsfinanzierten Projekten noch keine Vorschussbescheide für das Jahr 2026 erhalten und wann können sie damit rechnen?“

(Fraktion Die Linke)

Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) beantwortet die Fragen sowie Nachfragen der Abgeordneten gemeinsam mit Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP). Im Anschluss schließt der Ausschuss Punkt 1 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) berichtet und beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder (siehe Inhaltsprotokoll).

Im Anschluss schließt der Ausschuss Punkt 2 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Erneuter Terroranschlag auf das Berliner Stromnetz,
diesmal im Berliner Südwesten: Erkenntnisse und
Konsequenzen für die pflegerische Versorgung**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) 0363
GesPfleg

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0365](#)
GesPfleg
Krisenvorsorge und Versorgungssicherheit: Schutz pflegebedürftiger Menschen in häuslicher und stationärer Unterbringung bei flächendeckenden Stromausfällen und Katastrophenlagen – Lehren aus dem aktuellen Terroranschlag auf das Berliner Stromnetz
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich auf die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Herr Abg. Düsterhöft (SPD) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a) der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Abg. Ubbelohde (AfD) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 b) der Tagesordnung für seine Fraktion.

Es werden angehört und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Katharina Bauermeister, RENAFAN GmbH
- Herr Pfarrer Matthias Blume, Ev. Diakonissenhaus Berlin Teltow Lenin

und

- Herr Michael Blümchen, Ev. Diakonissenhaus Berlin Teltow Lenin

Im Rahmen der Aussprache nimmt Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) Stellung und beantwortet gemeinsam mit Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechungen zu Punkt 3 a) und b) der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0364](#)
GesPfleg
Einführung eines Pflegenotfalltelefons
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0362](#)
GesPfleg
Weitere Schritte für ein Pflegenottelefon für Berlin
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Zu diesem Punkt der Tagesordnung nimmt Frau Prof. Dr. Meyer-Rötz, Pflegebeauftragte des Landes Berlin, an der Sitzung teil.

Herr Abg. Zander (CDU) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 4 a) der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen.

Frau Abg. Gebel (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 4 b) der Tagesordnung für die antragstellenden Fraktionen.

Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) nimmt einleitend Stellung.

Im Rahmen der Aussprache nehmen Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) und Frau Prof. Dr. Meyer-Rötz Stellung und beantworten gemeinsam mit Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) und Herrn Ilte (SenWGP, AL II) Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechungen zu Punkt 4 a) und b) der Tagesordnung zu vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2843
Gesetz zur Änderung des Wohnteilhabegesetzes

[0361](#)
GesPfleg

Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) begründet die Gesetzesvorlage.

Im Rahmen der Beratung nimmt Senatorin Dr. Czyborra erneut Stellung und beantwortet gemeinsam mit Herrn Ilte (SenWGP, AL II) Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss wie folgt:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 19/2843 – wird angenommen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (65.) Sitzung findet am Montag, dem 16. Februar 2026, 9.30 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Silke Gebel

Dr. Klaus Lederer